DRINGLICHKEITSANTRAG
der SPD - Fraktion

Umgang mit den laufenden Aufwendungen für die aus dem Sofortausstattungsprogramm des Digitalpakts Schule 2019 bis 2024 für schulgebundene mobile Endgeräte zu beschaffenden mobilen Endgeräten

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird

- ermächtigt, die nach der Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen aus dem MV-Schutzfonds und dem Sofortausstattungsprogramm des Digitalpakts Schule 2019 bis 2024 für schulgebundene mobile Endgeräte zu erwerbenden mobilen Endgeräte nach der Maßgabe der Ziffer 1.1 der Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen aus dem MV-Schutzfonds und dem Sofortausstattungsprogramm des Digitalpakts Schule 2019 bis 2024 für schulgebundene mobile Endgeräte in Anlehnung an die in der Verwaltungsvorlage als Mischvariante „Stufenweiser Aufbau zur Nutzung der Endgeräte in ertüchtigten Schulen und zu Hause“ bezeichnete Variante zum Einsatz zu bringen.
- beauftragt, bei der Verteilung der Endgeräte sozialräumliche Gesichtspunkte sowie die in der ersten Lockdown-Phase von den Lehrer*innen gewonnenen Kenntnisse über den eigenen Besitz von Endgeräten bei ihren Schüler*innen heranzuziehen.
- gebeten zu prüfen, ob und in wie weit an Schulen mit Schüler*innen mit hohem BuT-Anteil IT-Infrastrukturen (z.B. WLAN) mit vertretbarem Aufwand hergestellt bzw. verbessert werden können.

Begründung:

Der Antrag greift die noch in der Vorberatung befindliche [Beschlussvorlage der Verwaltung „Umgang mit den laufenden Aufwendungen für die aus dem Sofortausstattungsprogramm des Digitalpakts Schule 2019 bis 2024 für schulgebundene mobile Endgeräte zu beschaffenden mobilen Endgeräten“ auf Drucksache 00453/2020](#) auf, die nicht auf die Tagesordnung der 13. Sitzung der Stadtvertretung am 26.10. d.J. genommen wurde. Eine Entscheidung über den Umgang mit den in Rede stehenden Endgeräten ist mithin frühestens in der 14. Sitzung der Stadtvertretung am 7.12.d.J. möglich.

Unterricht aus der Ferne findet bereits statt. Beschaffung und Verteilung bedürfen aber **mit Blick auf die gegenwärtige Entwicklung der Pandemie und einen sich sehr kurzfristig ergebenden noch dringlicheren Bedarf** für die Schweriner Schulen sofortiger Entscheidungen. Auch der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales empfiehlt der Vertretung über die Verteilung in seiner jetzigen Sitzung zu entscheiden.

Aus unserer Geschichte wissen wir, dass es den betroffenen Schüler*innen kaum möglich ist, einmal erworbene Bildungsverluste wieder aufzuholen. Dies wirkt sich auf ihren weiteren Lebensweg aus. Eine Nichterreichbarkeit der Schüler*innen vor dem Hintergrund möglicher restriktiver Kontaktbeschränkungen wie in der Phase des Lockdowns in der ersten Jahreshälfte darf sich so nicht wiederholen.

Bei der Verwendung der Endgeräte ist zunächst der Pandemiebewältigung Vorrang einzuräumen. Eine Einbindung in die in der jeweiligen Schule vorhandenen Systeme soll erst nach dem Ende der Pandemie angestrebt werden.

Mit dem Antrag sollen insbesondere mit Blick auf die Dringlichkeit der Verteilung der verfügbaren Endgeräte auf vorhandene sozialräumliche Erkenntnisse und auf die in unseren Schulen beim Lehrpersonal aus dem ersten Lockdown gewonnenen Kenntnisse über den bereits vorhandenen, eigenen Besitz von Endgeräten bei ihren Schüler*innen pragmatisch zurückgegriffen werden.

Schließlich soll die Verwaltung prüfen, ob die IT-Infrastrukturen (z.B. WLAN) an Schulen mit Schüler*innen mit hohem BuT-Anteil mit vertretbarem Aufwand ertüchtigt werden müssen, damit die Schüler*innen in der Situation des Präsenzunterrichtes an das Endgerät herangeführt werden können und den Umgang damit begleitet erlernen.

Soweit mit dem Antrag Mehrausgaben für den städtischen Haushalt entstehen, wird auf die Darstellungen der Verwaltung in Ziffer 5 der Begründung zu den finanziellen Auswirkungen auf das Jahresergebnis / die Liquidität in der o.g. Verwaltungsvorlage verwiesen.

Mandy Pfeifer und Fraktion